

Fünf Fragen zum Thema „Sustainable Finance“

WIR TEILEN DAS ZIEL. ABER WIR HABEN FRAGEN ZUM WEG. 2

ALLE MITNEHMEN!

Sind wir bereit für eine ehrliche Debatte über Kosten und Nutzen? 3

OPTIMALE ARBEITSTEILUNG!

Sustainable Finance: Welche Rolle kommt dem Staat zu - welche dem Markt? 4

DEN RICHTIGEN ANSATZPUNKT FINDEN!

Sind bankaufsichtliche und gesetzgeberische Maßnahmen der richtige Weg, um entscheidend voranzukommen? 5

SCHON JETZT VOM ENDE HER DENKEN!

Werden die vielfältigen Wettbewerbswirkungen des Sustainable-Finance-Projekts ausreichend berücksichtigt? 6

HÄRTEN ABMILDERN!

Wie wird der enorme Strukturwandel so abgefedert, dass man auf Akzeptanz und Unterstützung der Betroffenen hoffen kann? 7

IN ALLER KÜRZE

Das Wichtigste auf einen Blick 9

Wir teilen das Ziel. Aber wir haben Fragen zum Weg.

Die Bundesregierung hat das Ziel formuliert, Deutschland zum „Sustainable Finance Champion“ zu machen. Bis Ende dieser Legislaturperiode soll eine Strategie dafür verabschiedet werden; der eigens dafür eingesetzte Sustainable Finance-Beirat soll in den nächsten Wochen erste konkrete Handlungsempfehlungen vorlegen.

Auf der Suche nach einem Transmitter für das Klima-Nachhaltigkeitsziels schauen europäische und nationale Regelgeber auf den Finanzmarkt: Mit „Sustainable Finance“ soll Vermögensverwaltern und institutionellen Investoren, Versicherungen und Banken beim Umbau unseres Wirtschaftssystems hin zu Klimaneutralität eine entscheidende Rolle zukommen.

Das berührt im Kern die Geschäftsstrategie, die Governance und das Risikomanagement. Die Kreditinstitute werden bewerten müssen, welche Geschäftsfelder und Kreditbeziehungen wesentlichen Klima-Risiken ausgesetzt sind. Sie sollen daneben auch die Frage beantworten, wie sich das Thema „Nachhaltigkeit“ auf die Anlageplanung ihrer Kunden - und damit auf ihre Produktstrategie - auswirkt. Und schließlich werden sie ihre Risikomanagementsysteme auf angemessene Berücksichtigung nachhaltigkeitsbezogener Risikofaktoren fortentwickeln müssen.

Die Sparda-Banken wollen sich dieser Aufgabe mit all ihrer Kraft widmen. Wir teilen das Ziel einer nachhaltigen Finanzwirtschaft aus voller Überzeugung. Fragen stellen sich uns aber zum Weg zu diesem Ziel. Wir sehen es als unsere Pflicht an, diese Fragen zu formulieren und – auch im Interesse unserer Kunden – in die Diskussion einzubringen.

„Sustainable Finance“ - Was Banken leisten sollen



Alle mitnehmen!

Sind wir bereit für eine ehrliche Debatte über Kosten und Nutzen?

Das im „Green Deal“ enthaltene Ziel, unseren Kontinent zu „dekarbonisieren“, wird unser Zusammenleben in Europa komplett verändern. Wenn man es ernstnimmt, wird die Senkung aller Emissionen auf „Netto-Null“ bis 2050 mehr erfordern, als bisher geplant – und das betrifft nur den ersten „E“-Teil der UN-ESG-Ziele. Die Pandemie und die Causa Wirecard haben gezeigt, dass auch die Aspekte „S“ (Social) und „G“ (Governance) eine wichtige Rolle spielen müssen.

Angesichts dieser komplexen Mammutaufgabe wäre es zu kurz gesprungen, sich in der Debatte – wie aktuell – vor allem auf die Rolle zu konzentrieren, die Finanzinstituten zukommt. Die Taxonomie und die Offenlegung von Umweltwirkungen von Investments und Geschäftsmodellen sind nur ein allererster Schritt.

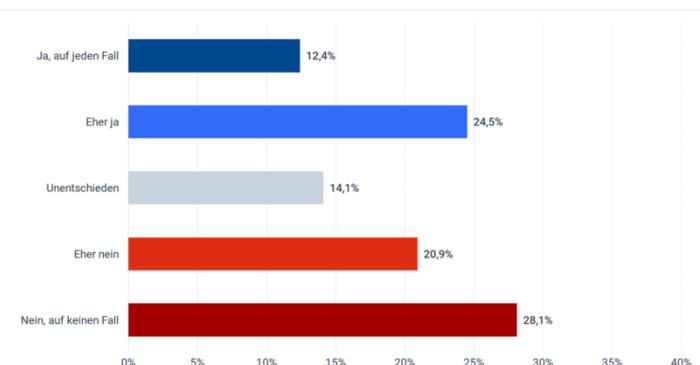
Der Klimawandel ist am Ende nur zu bremsen, wenn sich die Realwirtschaft und die gesamte Gesellschaft wandeln. Es geht um eine sehr grundsätzliche Anpassung aller Aspekte unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Die weitreichende Einsparung von Kohlenstoff wird die Produktions-, Arbeits-, Lebens- und Mobilitätsgewohnheiten auf den Kopf zu stellen. Fortan steht jede unternehmerische Entscheidung ebenso auf dem Prüfstand, wie auch jede private Aktivität.

Eine ganze Reihe („brauner“) Branchen werden sich verändern müssen oder mitsamt ihrer Belegschaft im Fortbestand in Frage stehen. Und wie bei jeder Entscheidung zur Verwendung von Ressourcen hat auch die für Klimaneutralität Auswirkungen auf alle anderen Verwendungsmöglichkeiten. Das heißt: Jede Ausgabe für Klimaneutralität steht nicht mehr z.B. für das Bildungswesen, unsere digitale Infrastruktur oder die Senkung der Steuerlast zur Verfügung.

Die Bürger, unsere Kunden, dürfen nicht außen vor bleiben. Nimmt man das Ziel der Klimaneutralität in Angriff, wird es Durchhaltevermögen brauchen. Um am Ende nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, muss jetzt, vor dem Start, der gesamte Weg, der vor uns liegt, offengelegt, debattiert und interessengerecht abgewogen werden.

Viele Menschen wollen noch überzeugt werden!

Würden Sie berufliche und private Einschränkungen in Kauf nehmen, um Ihre CO2-Bilanz zu senken?



Optimale Arbeitsteilung!

Sustainable Finance: Welche Rolle kommt dem Staat zu - welche dem Markt?

Die Schaffung von mehr Nachhaltigkeit wird aktuell über den Weg strikter regulatorischer Vorgaben versucht. Es zeigt sich ein dirigistischer Top-Down-Ansatz.

Es wäre eine verpasste Chance, wenn durch die umfassenden, detaillierten Überlegungen nachhaltiges Handeln am Ende zu einer rein technischen Compliance-Übung degradiert wird. Das kann dazu führen, dass die betroffene Finanzwirtschaft die Vorgaben in einer Weise aufgreift, die schematisch darauf ausgerichtet ist, die Anforderungen zu erfüllen. Das stünde aber einer sinnvollen institutsindividuellen Auseinandersetzung mit einem angemessenen Entscheidungsspielraum letztlich entgegen – und würde der Sache bzw. Akzeptanz nicht dienen! Für innovative und individuelle Lösungen im Sinne der Kunden bleibt dann kein Raum.

Dabei muss klar bleiben: Die Wahl des „richtigen“ Geschäftsmodells ist in einer Sozialen Marktwirtschaft keine Zuständigkeit staatlicher Stellen. Freiwilligkeit sollte die Leitlinie für die Ausgestaltung eines nachhaltigen Finanzwesens sein. Neue Standards, z.B. für die Offenlegung und die qualitative Bankenaufsicht sollten in einem marktnahen Erkundungsprozess entwickelt werden und nicht durch behördliche Vorgaben.

Denn für alle Beteiligten gilt: Wir befinden uns in einer Situation der Unsicherheit über zukünftige Umweltzustände und technische Entwicklungen. Niemand hat superiores Wissen. Es wäre falsch, nur auf Regulierung und staatliche Lenkung zu vertrauen. Dieser Dirigismus nimmt den wichtigen Aspekt von Markt-Intelligenz und Innovationskraft komplett aus dem Spiel.

Zudem: Auch ESG-Risiken sollten weiterhin entsprechend der Marktgerechtigkeit bepreist werden können und der Kreditwirtschaft auskömmliche Profitabilität ermöglichen. Das verlangt nicht zuletzt ein funktionierendes System zur Bepreisung (und zum Handel mit) Co2-Emissionen.

Den richtigen Ansatzpunkt finden!

Sind bankaufsichtliche und gesetzgeberische Maßnahmen der richtige Weg, um entscheidend voranzukommen?

Was im Zuge der Debatte über Sustainable Finance häufig übersehen wird: Auch heute schon schauen Banken, Versicherungen, Asset-Manager und Investoren genau, wie der Klimawandel und dessen Folgen sich auf ihre Geschäft auswirken.

Die Aufsichtsbehörden, auch die BaFin, sprechen sich ebenso zu Recht gegen die Einführung einer eigenen Risikokategorie „Nachhaltigkeitsrisiko“ aus, wie gegen einen „Green Supporting Factor“ in den Säule-1-Eigenkapitalanforderungen. Das ist positiv – und daran sollte festgehalten werden. Der Ansatz spiegelt, dass man das Thema ernstnimmt, aber es in die Risikosituation der Kreditinstitute insgesamt richtig einordnet. Denn am Ende muss die Frage, wie Klimarisiken zu berücksichtigen sind, von deren Wesentlichkeit abhängen. Und nicht von einem Steuerungswunsch. Auch das Gegenkonzept „Brown Penalizing Factor“ überzeugt nicht. Ein (absoluter oder relativer) aufsichtlicher Malus entstünde auch hier, aber die Verknappung von Finanzmitteln für kleine und mittelständische Unternehmen wäre bei weitem stärker.

Auch fortgeschrittene Risikomanagementmodelle werden auf absehbare Zeit Nachhaltigkeitsrisiken in der ausreichenden Schärfe abbilden können, die nötig ist, um als Grundlage für aufsichtliche Prüfungen und Entscheidungen zu dienen. Dazu fehlen lange Datenreihen in verlässlicher Granularität. Diese herzustellen verlangt nicht zuletzt die Bereitschaft der Kreditnehmer, Daten zuzuliefern. Aus unserer Sicht ist es offen, ob man auf ausreichenden Kooperationswillen - und mit Blick auf Geschäftsgeheimnisse Möglichkeiten - der Unternehmen zählen kann.

Vor allem aber darf die Grundsatzfrage nicht übersehen werden, ob der Ansatz, die nachhaltige Wende über die Bankensektoren und Kapitalmärkte voranzutreiben, überhaupt angemessen ist. Es muss jetzt eine Abwägung zwischen dem indirekten Herangehen über die Finanzquellen und einer direkten Regulierung der produzierenden Wirtschaft vorgenommen werden.

Klar muss sein: Die pauschale Begünstigung „grüner“ Anleihen/Kredite – und umgekehrt – wäre eine politisch motivierte Instrumentalisierung der Regulierung – und der klassische Fall des „Two birds and one bullet“-Dilemmas: Jedem wirtschaftspolitischen Ziel muss mindestens ein Instrument zur Seite gestellt werden. Will man mit dem einen Instrument „Eigenkapital“ Nachhaltigkeit und Stabilität zugleich erreichen, gefährdet man am Ende beide Ziele, auch die Finanzstabilität insgesamt. Die Erfahrungen aus der Subprime-Krise haben gezeigt, Regulierung und Aufsicht sollten vor allem für die Stabilität des Systems verantwortlich sein. Politisch gesteuerte Marktprozesse führen uns auf einen gefährlichen Weg. Es muss klar sein: wer versuchen will, Marktprozesse politisch steuern, darf dies nicht durch die Hintertür tun.

Schon jetzt vom Ende her denken!

Werden die vielfältigen Wettbewerbswirkungen des Sustainable-Finance-Projekts ausreichend berücksichtigt?

Die EU verankert Vorgaben für nachhaltige Finanzmärkte als erster großer Wirtschaftsblock. Damit verpflichtet sie Marktteilnehmer auch aus anderen Weltregionen, sich in einem neuen Umfeld zurechtzufinden.

Das kann fundamentale Veränderungen nicht nur für die Wettbewerbsfähigkeit von EU-Banken und anderen EU-Finanzinstituten haben, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzstandorts Europa insgesamt.

Das Risiko besteht, dass globale institutionelle Investoren die Regeln nicht annehmen und die Finanzplätze Europas wegen der neuen Auflagen eher meiden und ihnen so Investitionskapital entziehen. Das wäre insbesondere dann der Fall, wenn sich der EU-Ansatz der umfassenden Taxonomie nicht als globaler Standard durchsetzt.

Hinzu kommt: Die zur Umsetzung anstehenden Regulierungsvorhaben stammen allesamt von der EU-Ebene. Die (direkt anwendbaren) EU-Verordnungen werden von der EU-Aufsicht konkretisiert. Abstimmungen mit nationalen Gesetzgebern zu diesen fundamentalen Veränderungen sind an keiner Stelle vorgesehen.

Die notwendigerweise mangelnde Passgenauigkeit der Vorschriften auf die jeweiligen nationalen Märkte wird zu verschiedenen starken Anpassungsprozessen in den EU-Mitgliedstaaten führen; vor allem eine industriell und auf Exporte ausgerichtete Volkswirtschaft wie Deutschland wird stark betroffen sein. Nimmt man dazu ins Bild, dass in Deutschlands mittelständisch geprägtem Bankensektor die Kreditinstitute viel kleiner sind, als ihre Wettbewerber in anderen EU-Mitgliedsstaaten, wird klar: Dieser wichtigen Tatsache muss mehr Rechnung getragen werden! Proportionalität muss der Anwendung der Vorschriften eine deutliche Rolle spielen.

Und vor allem: Wenn die Kreditinstitute die Vorgaben zur Taxonomie und zur Risikosteuerung eingeführt haben, kann es zu fundamentalen Einschnitten bei der Kreditversorgung kommen. Gerade mittelständische Unternehmen, die zwar relativ stärker von Krediten abhängig sind als Großunternehmen, aber häufig ebenfalls am Weltmarkt tätig sind, können sich (je nach grünem/braunem Geschäftsmodell) dann nicht nur neuen Datenanforderungen, sondern einer völlig neuen Finanzierungslage gegenübersehen – mit entsprechenden Folgen für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

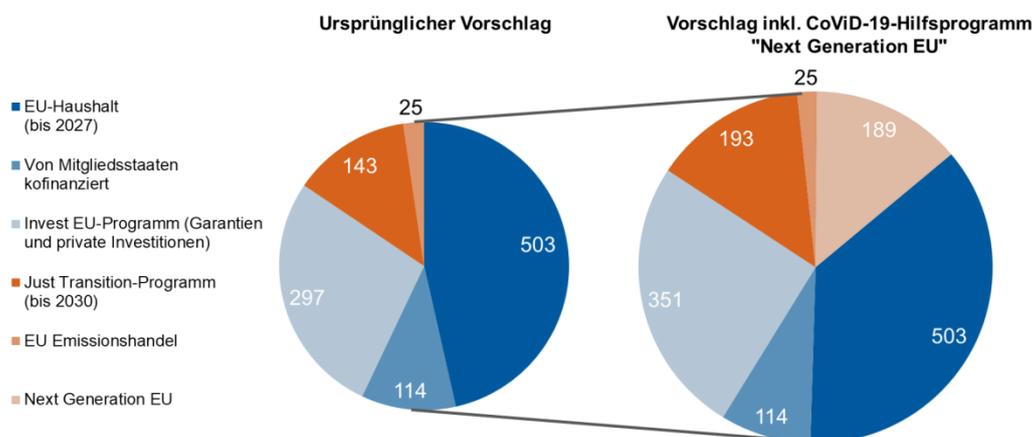
Härten abmildern!

Wie wird der enorme Strukturwandel so abgefedert, dass man auf Akzeptanz und Unterstützung der Betroffenen hoffen kann?

Eine stark auf produzierende Unternehmen aufgebaute Wirtschaftsstruktur, wie die Deutschlands, wird von den umfassenden Veränderungsprozessen, die mit den UN-ESG-Zielen und dem „Green Deal“ verbunden sind, weit stärker betroffen sein, als mehr auf Dienstleistungen basierende Volkswirtschaften.

Auf Unternehmen, die (noch) keine grünen Geschäftsmodelle verfolgen, kommen Herausforderungen zu, wenn es darum geht, ihre Produktionsmethoden oder ihr Produktportfolio anzupassen. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird viel abverlangt: neue Talente und Kenntnisse müssen erworben werden, möglicherweise steht der eigene Arbeitsplatz zur Disposition.

Um den Green Deal zu finanzieren, will die EU bis 2030 Investitionen von über 1 Billion Euro mobilisieren



Das stellt an den politischen Managementprozess der Veränderung hierzulande einen sehr hohen Anspruch, der nicht delegiert werden darf. Wir befürchten jedoch, dass der indirekte Weg der Anregung von Veränderungen über die Finanzmärkte (und nicht zuletzt die Banken) unserer Branche eine unangemessene Verantwortlichkeit für die Akzeptanz des Projektes auferlegt.

Die Banken haben nach der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise erhebliche Anstrengungen unternommen, um die soziale Akzeptanz ihrer Geschäftsmodelle und ihre Reputation als Bran-

che zu stärken, die angesichts der Vielzahl von Herausforderungen für Wirtschaft und Gesellschaft nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist. Das gilt nicht zuletzt angesichts der aktuellen Herausforderung der CoViD-19-Pandemie. Das Risiko ist nicht von der Hand zu weisen, dass die mit dem Umbau der Wirtschaft hin zu mehr ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit einhergehenden Härten am Ende zuvorderst ihnen angelastet werden.

Daher muss vor dem Start des Umbaus eine klare Agenda erarbeitet und kommuniziert werden, um die Anpassungsprozesse zu begleiten. Das reicht von einem Programm, mit dem man die Handhabbarkeit bürokratischer Auflagen, etwa der Taxonomie, auf die Möglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen anpasst, über Förderkredite, mit denen der Wandel in der Finanzierungsstruktur der deutschen Wirtschaft befördert und Härten abgefedert werden können, bis hin zu arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, die arbeitslos werdenden Menschen den Weg in lukrative, interessante neue Jobs aufzeigen und sie dabei – auch finanziell - begleiten.

In aller Kürze

Das Wichtigste auf einen Blick

- Die Sparda-Banken wollen sich der Klimanachhaltigkeit mit all ihrer Kraft widmen. Wir teilen das Ziel einer nachhaltigen Finanzwirtschaft aus voller Überzeugung. Fragen stellen sich uns aber zum Weg. Wir sehen es als unsere Pflicht an, diese Fragen zu formulieren und – auch im Interesse unserer Kunden – in die Diskussion einzubringen.
- Der Klimawandel ist nur zu bremsen, wenn sich die Realwirtschaft und die gesamte Gesellschaft wandeln. Es geht dabei um sehr grundsätzliche Veränderungen. Nimmt man das Ziel der Klimaneutralität in Angriff, wird es Durchhaltevermögen brauchen. Um am Ende nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, muss jetzt, vor dem Start des Projekts, der gesamte Weg, der vor uns liegt, offengelegt, debattiert und interessengerecht abgewogen werden.
- Freiwilligkeit sollte die Leitlinie für die Ausgestaltung eines nachhaltigen Finanzwesens sein. Denn wir befinden uns in einer Situation der Unsicherheit, in der niemand superiores Wissen hat. Es wäre falsch, nur auf Regulierung und staatliche Lenkung zu vertrauen und nachhaltiges Handeln am Ende zu einer rein technischen Compliance-Übung degradiert würde.
- Wir sind weder von der Einführung eines „Green Supporting Factor“, noch von einem „Brown Penalizing Factor“ überzeugt. Aufsichtliche Kapitalvorschriften sollen weiter der Sicherung der Stabilität dienen; ihre Nutzung als wirtschaftspolitisches Instrument würde diesem Kernziel zuwiderlaufen.
- Das Sustainable Finance-Projekt wird nicht ohne Rückwirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas, der europäischen Finanzmärkte und der europäischen Unternehmen bleiben. Klar ist auch: Unsere mittelständischen Unternehmen und der ebenfalls mittelständisch geprägte Bankensektor steht dann noch größeren Herausforderungen gegenüber, als dieselben Sektoren in anderen EU-Ländern. Zu einer Bewertung des Projektes gehört daher auch, diese wichtigen Tatsache im Blick zu haben.
- Wir befürchten, dass der indirekte Weg der Anregung von Veränderungen über die Finanzmärkte (und nicht zuletzt die Banken) unserer Branche eine unangemessene Verantwortlichkeit für die Akzeptanz des Projektes auferlegt. Das Risiko ist nicht von der Hand zu weisen, dass die mit dem Umbau der Wirtschaft hin zu mehr ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit einhergehenden Härten am Ende zuvorderst ihnen angelastet werden. Daher muss vor dem Start des Umbaus eine klare Agenda erarbeitet und kommuniziert werden, um die Anpassungsprozesse zu begleiten.

Ansprechpartner für Rückfragen

Für Fragen zu unseren Anregungen stehen Ihnen gerne zur Verfügung:



Florian Rentsch
Vorsitzender des Vorstandes
Tel.: +49 69 792094-110
Florian.Rentsch@sparda-verband.de



Jascha Hausmann
Bereichsleiter Vorstand & Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: +49 (0) 69 / 79 20 94 – 160
jascha.hausmann@sparda-verband.de